gewesen, die zu schießen, ohne einen Hund dabei zu haben, eine Raazjägerei gewesen wäre.

Wir ritten dann auf dem nördlichen Ufer des Schaho die russische Stellung ab. Ueberall das gleiche Bild. Die Dörfer waren zum großen Teil zerstört. Stehen gebliebene Umfassungsmauern zeigten Schießscharten. Von Dorf zu Dorf, von Hügel zu Hügel zogen sich Schützengräben. Dazwischen waren größere Feldbefestigungen, Stützpunkte für Kompagnien. Die Drahthindernisse schienen hier eine große Rolle gespielt zu haben, denn in verschlungenen Knäulen lag der Stacheldraht haufenweise herum. Die Chinesen hatten ihn beim Aufbau ihrer Lehmhäuser teilweise als Gitter auf die Umfassungsmauern gepflanzt.

Kurz vor dem Dorfe Naxintun(?), in dem ein japanischer Posten untergebracht ist, erhebt sich auf einem Hügel ein japanisches Denkmal. Ebenso wie bei Sakwantun trägt die einfache Steintafel, zu der ein japanischer Torbogen führt, die Aufschrift: „Denkmal für die treuen Seelen. Errichtet von den Etappen der 1. Armee, April 1906." —

Deutsches Reich.

Leipzig, 29. Juni.

* **Der Kaiser und die verabschiedeten Minister.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht nachstehende Handschreiben vom 24. Juni des Kaisers an die Staatsminister Graf Posadowsky und Studt:

Mein lieber Staatsminister Graf v. Posadowsky! Ihrem Ansuchen um Entlassung aus den Aemtern als Staatsminister und Staatssekretär des Innern habe ich durch Erlaß vom heutigen Tag entsprochen. Ich kann es mir aber nicht versagen, Ihnen für die treuen und erfolgreichen Dienste, welche Sie mit unermüdlicher Hingebung an die Ihnen gestellten Fragen und schwierigen Aufgaben mir und dem Vaterlande geleistet haben, meinen wärmsten Dank noch besonders auszusprechen. Als Zeichen meines unveränderten Wohlwollens verleihe ich Ihnen meine Büste in Marmor, welche Ihnen zugehen wird. Ich verbleibe Ihr wohlgeneigter Kaiser und König. Gez. Wilhelm, I. R.

Mein lieber Staatsminister Dr. v. Studt! Nachdem ich Ihnen durch Erlaß vom heutigen Tage die nachgesuchte Dienstentlassung in Gnaden erteilt habe, drängt es mich, Ihnen meinen besten Dank auszusprechen für die Dienste, die Sie in den langen Jahren Ihrer ehrenvollen Laufbahn mir und dem Vaterlande geleistet haben. Um aber Ihre reichen Erfahrungen und Ihre staatsmännische Einsicht dem Staate auch ferner zu erhalten und Ihnen ein Zeichen meines besonderen Vertrauens zu geben, habe ich Sie auf Lebenszeit ins Herrenhaus berufen. Ich verbleibe Ihr wohlgeneigter König. Gez. Wilhelm, I. R.

Es würde falsch sein, aus dem Umstand, daß der Kaiser bei Studts Entlassung „in Gnaden" hinzufügt, während diese Worte bei Posadowsky fehlen, bestimmte Schlüsse zu ziehen, denn dafür wird Posadowsky des „unveränderten Wohlwollens" versichert. Das Zeichen des „besonderen Vertrauens", das Studt mit der Berufung ins Herrenhaus erhält, ist bekanntlich Posadowsky schon früher zuteil geworden. — Interessant bleibt nach wie vor, daß diese Dokumentierung kaiserlichen Wohlwollens von der Offiziösen um so viel später bekannt gegeben wird, als es schon durch Berliner Blätter geschehen war, und man kann sich dem Eindruck nicht verschließen, daß erst der deutlich kund gewordene Unwille darüber, daß Posadowsky anscheinend ganz unbeachtet ausgeschieden sei, die Veranlassung gegeben hat, das schon vom 24. Juni datierte Handschreiben des Kaisers zu veröffentlichen.

* **Bundesrat.** In der Plenarsitzung des Bundesrates vom 27. Juni wurde, dem „Reichsanzeiger" zufolge, außer den bereits gemeldeten Gesetzentwürfen über Abwehr von Viehseuchen und Geheimmittelverkehr, der Vorlage über die Aufhebung des Ausfuhrverbotes von Waffen nach Abessinien beigetreten. Ueber die Vorlage, betreffend Aenderung der Bekanntmachung über den Betrieb und die Einrichtung der Buchdruckereien und Schriftgießereien, und über die Vorlage, betreffend Außerkraftsetzung der Vorschriften über die Einziehung der für die Invaliditäts- und Altersversicherung der Seeleute zu entrichtenden Beiträge, faßte die Versammlung Beschluß. Die Vorlage über vorläufige Regelung der Reichsaufsicht über die Reichserbschaftssteuer wurde angenommen.

* **Der Präsident des Reichsversicherungsamts Dr. Kaufmann** hat in der kürzlich in Badenweiler abgehaltenen Versammlung der Süddeutschen Metallberufs-Genossenschaft eine Rede gehalten, aus der wir folgendes hervorheben: Der Schlußstein unserer sozialpolitischen Gesetzgebung, die Witwen- und Waisenversicherung, dürfte in nicht zu ferner Zukunft dem von keinem anderen Staat erreichten Fürsorgewerk die Krone aufsetzen. Die erfolgreiche, humane Durchführung der Gesetze sei ein Verdienst der Versicherungsträger und des Reichsversicherungsamtes. Ihn selbst freue es, sich an diesem großartigen Werk an führender Stelle betätigen zu können. Er sei von Geburt ein Rheinländer, zu deren Eigenart es gehöre, geradewegs auf ihr Ziel loszugehen. Sie liebten eine offene Aussprache und sähen die Dinge um sich her mit offenen Augen an; alles Bureaukratische sei ihnen fremd; sie seien Freunde einer raschen Initiative. Nach diesen rheinischen Rezepten gedenke er im Reichsversicherungsamt zu arbeiten und er hoffe hierbei, die Unterstützung der Berufsgenossenschaften zu finden.

* **Gerichtsferien im Reichsversicherungsamt.** Während der Zeit der Gerichtsferien wird die Spruchtätigkeit des Reichsversicherungsamtes wie früher eingeschränkt. Vom 15. Juli bis 15. September werden zur Erledigung der besonderer Eile bedürftigen Sachen in Unfall-, wie in Invalidenversicherungsstreitigkeiten wöchentlich mehrere Sitzungen stattfinden. Auf die Frist zur Einlegung des Rechtsmittels des Rekurses und der Revision (ein Monat vom Tage der Zustellung des Schiedsgerichtsurteils an gerechnet) hat die Ferienordnung keinen Einfluß.

* **Die Teilung des Reichsamts des Innern.** Obwohl über die Teilung des Reichsamts des Innern nach der bekannten Notiz der „Nordd. Allg. Ztg." erst „Erwägungen schweben", so wird sie doch schon lebhaft in der Presse erörtert und mit allerhand Vermutungen umgeben. Wir nannten schon zwei Namen, die nach einer sonst gut unterrichteten Stelle für die sozialpolitische Abteilung in Betracht kommen sollen: Bosse(?) oder Gamp. Die „Kieler Neuesten Nachrichten" weisen beide ab und nennen statt dessen: den bisherigen Direktor im Reichsamt des Innern Caspar, der als langjähriger Mitarbeiter des Grafen Posadowsky auf dem Gebiet der Sozialpolitik, als Kenner der schwierigen, auf umfangreicher Statistik beruhenden Materie vor allem in Betracht komme. — In den „Deutschen Nachrichten", dem Organ für die Interessen der Reichs-, Staats-, Kommunal- und Privatbeamten, wird die Frage der Teilung des Amtes „von gut unterrichteter Seite" behandelt und dabei gesagt: Am nächsten liegt wohl die Annahme, daß ein besonderes Reichswohlfahrtsamt geschaffen werde unter einem selbständigen Staatssekretär. Ihm würde die ganze soziale Gesetzgebung und Verwaltung übertragen werden. Es ließe sich aber auch eine andere Kombination sehr gut denken, die nämlich, daß das Reichsamt des Innern die wichtigen Wohlfahrts- und sozialen Fragen auch in Zukunft weiter bearbeitet und ein besonderes Reichshandelsamt abgetrennt wird, das die Handelsvertrags- und ihnen verwandte Fragen zu erledigen hätte und dem auch die Gewerbepolitik übertragen werden könnte. Ausgeschlossen sei aber auch nicht, daß die ganze Neuerung nur in der Schaffung von Stellen für ein paar neue Unterstaatssekretäre bestehen werde, um so eine Entlastung des Staatssekretärs herbeizuführen. — Aus diesen Mitteilungen geht hervor, daß die ganze Teilung des Reichsamts des Innern sich in der Tat noch völlig im Zustand der „Erwägungen" befindet. Es erübrigt sich daher völlig, die einzelnen Vorschläge zu besprechen. Nur das sei gesagt, den Ausdruck „Reichswohlfahrtsamt" werden wir für wenig glücklich halten, da er einen Beigeschmack von humanitärer Wohlfahrtspflege hat. Es handelt sich aber bei der Sozialpolitik nicht um Wohltaten, die guttatsweise zugestanden werden, sondern um sozialpolitische Rechte, und gerade die günstige Wirkung der ganzen sozialpolitischen Gesetzgebung auf die Arbeitermassen hängt davon ab, daß die Gesetzgebung unter diesem Gesichtspunkt, nicht unter dem der humanen Wohlfahrtspflege erfolgt!

* **Die Reichssteuern.** Angesichts der Notwendigkeit dem Reiche Mehreinnahmen von beträchtlicher Höhe zuzuführen, erscheint es geboten die Entwicklung der neuen Steuern, die uns die Steuerreform des vorigen Jahres bescherte, im Auge zu behalten. Am ungünstigsten schneidet im Blick auf die April-Mai-Erträge die Steuer ab, gegen die sich mit vollem Recht die Volksstimmung am meisten gekehrt hat. Es ist die Fahrkarten-Steuer. Sie war für die 2 Monate mit 5 Millionen in Ansatz gebracht, und brachte es im April auf nur 800 000 ℳ, im Mai auf 1,65 Millionen Mark — ein Ausfall von 2½ Millionen Mark!! — Die Zigarettensteuer soll eine Monatseinnahme von 930 000 ℳ bringen, sie hat im April rund 1 Million Mark, im Mai 1,02 Millionen Mark erbracht. Gegenüber dem anteiligen Etatssoll von 1,86 Mill. Mark ist mithin ein Mehr von etwa 160 000 ℳ erreicht. Der Frachturkundenstempel ist zu einem Monatsertrag von 1,15 Mill. Mark veranschlagt. Er ist in den beiden ersten Monaten mit einem Aufkommen von 2,06 Mill. Mark hinter dem anteiligen Etatssoll noch um 240 000 ℳ zurückgeblieben, aber auch bei dieser Steuer ist der Mai-Ertrag erheblich, nämlich um etwa 360 000 ℳ höher als der April-Ertrag. Erfahrungsgemäß bringen die Herbst- und Wintermonate mit ihrem anschwellenden Güterverkehr größere Einnahmen auf diesem Steuergebiete; das Aufkommen des gesamten Etatssolls für den Frachturkundenstempel dürfte also gesichert erscheinen. Dasselbe wird man von dem Stempel auf Steuerkarten für Kraftfahrzeuge nicht erwarten dürfen. Hier beträgt das etatsmäßige Soll für zwei Monate annähernd 500 000 ℳ. Dagegen sind nur 184 000 ℳ für April und Mai zur Anschreibung gelangt. Der Ausfall ist also beträchtlich. Die Stempelsteuer für Vergütungen an Aufsichtsratsmitglieder, die mit einem Monatsertrag von etwas über 800 000 ℳ veranschlagt ist, hat im April rund 960 000 ℳ, im Mai 672 000 ℳ erbracht. Das durchschnittliche Etatssoll für zwei Monate ist damit bereits etwas überschritten. Ein erfreuliches Bild bietet, wenigstens nach dem Ertrag der ersten beiden Monate des Rechnungsjahres, die Erbschaftssteuer. War noch die Aprileinnahme um nicht weniger als 1,8 Millionen Mark hinter dem anteiligen Etatsbetrag zurückgeblieben, so ist die Mai-Einnahme mit 2,7 Millionen Mark dem Monatssatze erheblich näher gekommen; allerdings liegt das Gesamtaufkommen in den beiden ersten Monaten noch immer um 2,1 Millionen Mark unter dem im Etat angenommenen Betrage. Gerade hier zeigt es sich aber, daß eine von größeren sozialen Gesichtspunkten ausgehende Steuerpolitik, die bei der Erbschaftssteuer die Steuerschraube an die größeren Vermögen schärfer angelegt haben wollte, weit bessere Resultate hätte erzielen und dabei die nach nicht einmal genügend ergiebige Fahrkartensteuer hätte ausschalten können.

* **Deutsch-dänischer Handelsvertrag.** Nachdem die Verhandlungen wegen Abschlusses eines deutsch-dänischen Handelsvertrages so weit geführt sind, wie dies vor der parlamentarischen Erledigung des den Verhandlungen zugrunde gelegten Entwurfs eines neuen dänischen Zolltarifes möglich war, haben die dänischen Kommissare heute Berlin wieder verlassen. Die Verhandlungen werden voraussichtlich im Laufe des nächsten Winters fortgesetzt werden, nachdem der dänische Reichstag über den neuen Zolltarif Beschluß gefaßt haben wird.

* **Sächsische Landtagswahl.** Aus Rochlitz wird uns unterm 28. Juni geschrieben: In einer gestern nachmittag in Geithain stattgefundenen konservativen Vertrauensmännerversammlung des 13. städtischen Wahlkreises, die von etwa 80 Vertretern des Kreises, mit Ausnahme von Lunzenau, besucht war, erfolgte die Wiederaufstellung des bisherigen Vertreters des Wahlkreises, Stadtrat Liebau, gegen 1 Stimme. Der von Penig anwesende einzige Vertreter konnte keine zustimmende Versicherung abgeben. Von Burgstädt erklärte sich Oberbürgermeister Ebert für die Kandidatur Liebau. In acht Tagen wird voraussichtlich in einer in Narsdorf stattfindenden Versammlung die Mittelstandspartei Stellung zu der Kandidatur nehmen.

od. **Nach dem Wechsel im Kultusministerium.** Infolge der Neubesetzung des Kultusministeriums beschlossen die Magistrate von 13 westfälischen Städten, abermals die Erhöhung sämtlicher Lehrergehälter, welche von dem früheren Kultusminister v. Studt nicht genehmigt worden waren. Der abermalige Beschluß wird formell mit dem andauernden Lehrermangel begründet.

od. **Die Ansiedelungskommission** erwarb die 4000 Morgen großen polnischen Rittergüter Sieblaß(?) und Dzeongowo(?) für 1 Million Mark. Die 6000 Morgen große deutsche Herrschaft Jerka ist für 2½ Millionen Mark in den Besitz des polnischen Güteragenten Buldermann(?) in Posen übergegangen.

* **Vorschriften zur Verhütung von Milzbranderkrankungen in den Gerbereien.** Infolge der Anregung des Reichsversicherungsamtes bezüglich des Erlasses von Vorschriften zur Verhütung von Milzbranderkrankungen in den Gerbereien hat der Vorstand der Lederindustrie-Berufsgenossenschaft (Sitz Mainz) eingehende statistische Erhebungen veranstaltet, die nach dem auf der diesjährigen, in Stuttgart abgehaltenen Genossenschaftsversammlung erstatteten Bericht ergeben haben, daß in der Zeit vom 1. Januar 1906 bis 1. April 1907 im Bereiche der Lederindustrie-Berufsgenossenschaft im ganzen 40 Milzbranderkrankungen vorgekommen sind, darunter 9 mit tödlichem Ausgange und 28 ohne nachteilige Folgen. Die Infektion geschah zumeist an Kopf und Hals. Ansteckungen kamen vor bei ausländischen Fellen und Häuten, sowie auch bei inländischen Fellen. Soweit zu ermitteln war, befanden sich die Häute und Felle meistens in trockenem Zustande; die Ansteckung erfolgte in der Regel vor und bei dem Enthaaren der Felle. Es stellte sich ferner heraus, daß in einzelnen Betrieben besonders zahlreiche Milzbranderkrankungen vorgekommen sind, daß aber da, wo der Erkrankte sofort einer sachgemäßen ärztlichen Behandlung zugeführt wurde, die Erkrankung in allen Fällen günstig, d. h. ohne Folgen zurückzulassen, verlief. Der Vorstand sprach sich deshalb grundsätzlich dahin aus, daß die Milzbrandgefahr weniger durch eingehende, den Betrieb störende und Kosten verursachende allgemeine Maßnahmen, als vielmehr durch Aufklärung der Betriebsunternehmer und Arbeiter und durch sofortige Anzeige und sachgemäße ärztliche Behandlung am wirksamsten zu bekämpfen sei.

* **Zur Optantenfrage.** Dem Vernehmen nach wird bei Gelegenheit der bevorstehenden Kopenhagener Monarchenbegegnung die bekannte Angelegenheit der Hofbesitzer C. Finnemann und Niels Finnemann freundnachbarlich und ausnahmsweise in einer dem weitergehenden Sinne des Optantenvertrages entsprechenden Weise erledigt werden.

* **Berliner Untergrundbahn.** Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Die in Berliner Blättern verbreitete Nachricht, daß zwischen der Eisenbahnverwaltung und der Firma Siemens und Halske ein Einverständnis über die Ausführung einer Untergrundbahn zwischen der Wannseebahn und dem Stettiner Bahnhof bestehe, entspricht nicht den Tatsachen. Richtig ist nur, daß die Firma Siemens und Halske ein derartiges Projekt betreibt und daß auf ihren Wunsch die Eisenbahnverwaltung mit ihr in unverbindliche Vorbesprechungen eingetreten ist.

h. **Zur Bergarbeiterbewegung.** Aus Zwickau wird uns geschrieben: Die Lage im hiesigen Bergrevier verschärft sich immer mehr. Die Revierkommission ist jetzt zum zweiten Male an den hiesigen Verein für bergbauliche Interessen mit dem Ersuchen herangetreten, mit ihr über die bekannten Forderungen der Arbeiterschaft zu verhandeln, und der Verein für bergbauliche Interessen hat diese Bitte nun zum zweiten Male abgelehnt. Die Arbeiterschaft gedenkt nunmehr die verschiedenen behördlichen Instanzen zur Vermittelung anzurufen.

Friedens-Konferenz.

* **Schiedsgerichte.** Ueber die jüngste Sitzung der Unterkommission der ersten Kommission wird noch berichtet, daß der erste Delegierte Argentiniens Pena beantragt hat, die Haager Konferenz möge den Wunsch aussprechen, daß kein Souverän oder Staatschef ein Schiedsrichteramt in irgend einem Streitfall zwischen zwei souveränen Nationen annehmen möge, bevor diese nicht ihm die Versicherung gegeben hätten, daß sie sich nicht darüber haben einigen können, ihren Fall dem ständigen Schiedsgerichtshof im Haag zu unterbreiten.

* **Seerechtskommission.** In der ersten Unterkommission der dritten Kommission hielt der Vorsitzende Hagerup-Norwegen eine Rede, in der er hervorhob, daß trotz der technischen Materien, wie Bombardement, Auslegen von Minen (Torpilles) usw., mit denen diese Kommission sich beschäftige, diese Fragen auch einen juristischen Charakter tragen, welcher in humanitärem Geiste bestimmt werden müssen. Techniker würden zu dem Zwecke gemeinsam mit den Diplomaten und Rechtsgelehrten arbeiten. Auf Antrag des Vorsitzenden wird die Arbeit der Kommission in zwei Teile geteilt, von denen der eine Bezug hat auf das Bombardement, der andere auf das Auslegen von Minen. Man entscheidet sich, zunächst mit dem zweiten Teile zu beginnen. Der Vorsitzende Hagerup macht den Vorschlag, daß man sich über die Definition des Wortes „Torpille" in dem Sinne einige, daß es für alle Arten von Vorrichtungen dieser Gattung gelten solle, während man in der Mehrzahl der Sprachen das Wort Torpille nur gebrauche, wenn es sich um sich selbsttätig fortbewegende Torpedos handelt. Verschiedene Anträge bezwecken, im allgemeinen über die Verwendung schwimmender Minen Bestimmungen zu treffen und u. a. Klarheit darüber zu schaffen, in welcher Entfernung von der Küste schwimmende Minen gelegt werden dürfen. Es heißt, der italienische Antrag gehe von dem Gedanken aus, daß die Ausdehnung der italienischen Küsten deren Verteidigung durch Minen notwendig mache.

* **Anträge.** Es verlautet, der Italiener werde einen Abänderungsantrag zu dem französischen Vorschlag über die Eröffnung der Feindseligkeiten einbringen, welchem Italien im allgemeinen zustimme, ohne indessen eine Fristbestimmung anzunehmen. Schließlich dürfte Italien auch einen Vorschlag über die Schiedsgerichte einbringen. Der argentinische Delegierte Drago hat sich die Einbringung eines Vorschlages vorbehalten, nach welchem bei Streitigkeiten zwischen einer südamerikanischen Macht und Untertanen einer europäischen Macht die Frage vor das örtliche Gericht des Schuldnerstaates zu bringen ist!! Nach dem von diesem gefällten Urteil soll jede der beiden Parteien berechtigt sein, an den Haager Schiedshof zu appellieren. Wenn dies nicht geschieht, und der verurteilte Schuldnerstaat nicht bezahlt, dann soll der europäische Staat Gewalt anwenden dürfen; ebenso in dem Falle, wenn Berufung beim Haager Schiedshof eingelegt würde, dieser gegen den Schuldnerstaat entschieden, letzterer aber nicht bezahlt habe. — Die erste Instanz der Creolen-Gerichte sollte man sich ruhig sparen.

* **Ein englischer Vorschlag.** Der „Voss. Ztg." geht eine Meldung aus Washington zu, des Inhaltes, daß Großbritannien bereit sei, mit den anderen Mächten Erfahrungen über die Herstellungskosten der neuen Schlachtschiffe auszutauschen. Die Meldung erscheint in dieser Form nicht recht verständlich. Vermutlich handelt es sich dabei um eine Anregung, mit der England bereits gelegentlich der vorigen Haager Konferenz hervorgetreten ist, daß nämlich dem bisher bei einigen Staaten noch bestehenden Geheimnis über das Marinebudget ein Ende bereitet, und die Marinebudgets amtlich bekannt gegeben werden sollen. Der Vorschlag ist damals, weil man sich über die näheren Modalitäten nicht einigen konnte, wieder fallen gelassen. Er würde jedoch von seiten Deutschlands die freundlichste Unterstützung finden und zwar um so mehr, als Deutschland auf diesem Gebiete überhaupt nichts zu verbergen hat, da sein Marinebudget ohnedies bekannt gegeben wird, und die Verhandlungen des Reichstages darüber im vollsten Lichte der Oeffentlichkeit stattfinden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Aehrenthal und Tittoni.** Wie die „Politische Korrespondenz" aus Rom meldet, ist der Besuch des Ministers des Aeußern Frhr. v. Aehrenthal beim Minister des Aeußern Tittoni für Mitte Juli in Aussicht genommen. Frhr. v. Aehrenthal wird sich dann mit Tittoni nach Schloß Racconigi begeben, um sich dem Könige und der Königin von Italien vorzustellen. Der Gegenbesuch Tittonis wird im Laufe des Sommers auf Semmering erfolgen. Von dort wird sich Tittoni mit dem Frhrn. v. Aehrenthal nach Ischl begeben, um sich dem Kaiser Franz Joseph vorzustellen.

* **Abgeordnetenhaus.** Nach Vornahme der Ausschußwahlen wurde die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages über die Sanierung der Landesfinanzen fortgesetzt. Generalredner Abrahamowicz erklärt, der Zusatzantrag Renner über die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes zu den Landtagen stehe mit dem Dringlichkeitsantrage in keinem Zusammenhange; er sei als selbständiger Antrag zu behandeln. Der Redner verlangt, daß hierüber eine Entscheidung des Hauses herbeigeführt werde. Abg. Diamand tritt dieser Anschauung entgegen und wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Ministers des Innern und erklärt, die Regierung würde die Länder schweren inneren Erschütterungen aussetzen, falls sie auf diesem Standpunkte verharren würde. Der Redner greift den Polenklub heftig an, welcher im galizischen Landtage eine nackte Klassenherrschaft treibe, und beantragt namentliche Abstimmung über den Zusatzantrag Renner. Vizepräsident Jacek(?) erklärt, das Präsidium überlasse die Entscheidung darüber, ob der Zusatzantrag Renner als solcher oder als selbständiger Antrag zu behandeln sei, dem Hause. Der Abg. Pernerstorfer protestiert dagegen und beantragt namentliche Abstimmung über die Frage. Vergelt(?) erklärt unter andauernden Protestrufen der Sozialdemokraten, daß der Dringlichkeitsantrag und der Antrag Renner in keinem Zusammenhang stehen, empfiehlt jedoch geheime Abstimmung. Das Haus beschließt hierauf in namentlicher Abstimmung mit 178 gegen 148 Stimmen, daß der Zusatzantrag Renner als selbständiger Antrag zu behandeln sei. Der Dringlichkeitsantrag Geßmann wird darauf angenommen. Das Haus beginnt sodann die Beratung der Dringlichkeitsanträge über die Maßregelungen von Beamten. In der Begründung der Dringlichkeitsanträge kritisieren die Antragsteller Glöckl, Steinitz (Feriadeutsch(?)) und Heck aufs schärfste die Beamtenmaßregelungen und treten für schleunigste Schaffung einer gerechten Dienstpragmatik, sowie für eine auf modernen Rechtsgrundlagen beruhende Reform des Disziplinarverfahrens ein. Hierauf wird die Sitzung abgebrochen.

* **Die Kroaten.** Die kroatischen Abgeordneten im ungarischen Reichstag haben anläßlich der Ernennung des Banus Rakodczay eine Proklamation an das kroatische Volk erlassen, in der sie die Ernennung des Banus als verfassungswidrig bezeichnen, da der Wille der Mehrheit des Agramer Landtages unberücksichtigt geblieben sei. Sie richten an das Volk die Aufforderung, seine Abgeordneten in dem Kampfe um die kroatische Sprache, den sie durch ihre Obstruktion führen, tatkräftig zu unterstützen.

* **Agitation in Bosnien und Herzegowina.** Allem Anschein nach wird die internationale Politik, jedenfalls aber die österreichisch-ungarische Regierung, sich über kurz oder lang mit der politischen Lage Bosniens und der Herzegowina ernstlicher zu befassen haben. In diesen Provinzen ist nunmehr eine junge Generation entstanden, die es sich zur Aufgabe macht, im Zusammenhange mit einer großslawischen Bewegung, deren Urquelle sich in Belgrad befindet, die Dauer der Herrschaft Oesterreich-Ungarns über dies Gebiet in Frage zu stellen. Um diese ihnen lästige Herrschaft los zu werden, orientieren sich die Führer der Bewegung in der Richtung nach Konstantinopel und wollen der drohenden Einverleibung dieser Provinzen seitens Oesterreichs dadurch vorbeugen, daß sie die Oberhoheit des Sultans nachdrücklich betonen und sich als die Vorkämpfer seiner verletzten Suzeränitätsrechte aufspielen. Es werden zurzeit unter der Bevölkerung Bittschriften zur Unterzeichnung aufgelegt, in welchen das Verlangen nach einer Autonomie unter der Oberhoheit des Sultans ausgesprochen wird. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die slawischen Komitees die muselmännische Bevölkerung möglichst schonen und sich sogar um deren Gunst und Beihilfe bewerben. Die slawischen Notabeln Bosniens und die nach Montenegro ausgewanderten Serben haben nunmehr den Beschluß gefaßt, eine Denkschrift an die Haager Konferenz einzuschicken, in welcher sie gegen die militärische Besetzung Bosniens und der Herzegowina Protest erheben und überdies die Lösung des Problems durch ein Schiedsgericht befürworten. Es steht selbstverständlich fest, daß diese Denkschrift von der Konferenz abgelehnt werden wird, und hoffentlich vereinfacht Oesterreich bald die aus dieser Agitation ihm erwachsenden Schwierigkeiten dadurch bei einer passenden Gelegenheit, daß es den Feuerherd Serbien in seinen bosnischen Verwaltungsbezirk einbezieht.

Frankreich.

* **Annäherungsgerüchte.** Die Meldung von einer bevorstehenden Unterredung zwischen dem ehemaligen Kriegsminister Etienne und dem Reichskanzler Fürsten v. Bülow findet ihre Ergänzung in einer Aeußerung des algerischen Senators Saintgermain, welcher eine Aussprache der deutschen und französischen Diplomatie über die Nützlichkeit eines Einvernehmens beider Staaten in der Marokko-Frage für bevorstehend hält. Ein günstiges Ergebnis sei unzweifelhaft, Deutschland habe weder Interesse noch Lust, Frankreich an der Polizeiorganisation längs der algerisch-marokkanischen Grenze zu hindern, und der Maghzen würde dem in der europäischen Diplomatie eingetretenen, für die allgemeinen zivilisatorischen Bestrebungen bedeutsamen Veränderungen rückhaltlos Rechnung tragen müssen. Dem Kaiser komme bei diesem erfreulichen Wandel der Dinge das erheblichste Verdienst zu. Auch auf anderem Gebiete stehe eine Annäherung bevor; die in Kiel an den Franzosen Mabilleau gerichteten Worte des Monarchen: „Ich würde einen internationalen Verband zur Schaffung und Erhaltung von Werken sozialer Fürsorge mit aufrichtiger Befriedigung begrüßen" würden in französischen Mutualistenkreisen ein Echo finden. Es wird dann weiter auf eine angebliche deutschfreundliche Gesinnung des Ministers Pichon aufmerksam gemacht und auf dessen ebenso angebliche Absichten, Deutschland für einen völligen Rückzug aus Marokko nicht bloß wirtschaftspolitische Zugeständnisse in der Bagdadbahn-Frage zu machen. — Abgesehen davon, daß die Ministerherrlichkeit des Mr. Pichon, der plötzlich sein deutschfreundliches Herz entdeckt haben soll, vielleicht schon in dieser Nacht ein Ende nehmen kann, wird Deutschland doch schon im Interesse der Stetigkeit seiner Politik sich hoffentlich hüten, nach der Taube von Bagdad zu haschen und darüber den Sperling von Algeciras aus der Hand zu lassen.

Italien.

P. **Ein Streit zwischen Italien und Abessinien** um den Besitz der Station Lugh ist in ein kritisches Stadium getreten. Lugh, der Schlüssel zu dem für den Handelsverkehr bedeutsamen Tal des Uebi-Scebeli und in der Nähe des Meeres, wird von Menelik in Anspruch genommen als ein Teil des zu seinem Reiche gehörigen Territoriums der Galla, während Italien den Ort zu seinem Somaligebiet rechnet und auf ihn wegen seiner kommerziellen und zugleich auch strategischen Bedeutung besonderes Gewicht legt. Ein Notenwechsel zwischen der Consulta und Menelik hat bisher kein Ergebnis gehabt, Italien hat sich vielmehr veranlaßt gesehen, seine Truppen in Benadir zu verstärken. Schwerlich dürfte es aber zu einem Konflikt mit den Waffen kommen, da der italienisch-englisch-französische Vertrag, der das, was die Beteiligten für den status quo ihrer Besitzungen ansehen, garantiert, für Menelik wohl ein zureichendes Memento sein dürfte.

P. **Garibaldis Grab.** Zu dem gemeldeten Zwischenfall sendet uns unser römischer Korrespondent folgende Berichtigung der ursprünglichen Mitteilung: Die Feier der hundertsten Wiederkehr des Geburtstages von Giuseppe Garibaldi am 4. Juli ist durch einen indiskreten Akt von dem General Ricciotti Garibaldi, dem einen der beiden Söhne erster Ehe Giuseppes, in peinlicher Weise gestört. Ricciotti hat, offenbar im Verfolg von Zänkereien und Eifersüchteleien zwischen den Angehörigen Giuseppes aus erster und aus zweiter Ehe, das neben dem Vater befindliche Grab des Sohnes zweiter Ehe namens Manlio eigenmächtig um ein paar Meter verlegen lassen. Unter Aufsicht der Regierung, die die Garibaldi-Gräber als Nationaldenkmal erklärt hat, ist der frühere Zustand bereits wiederhergestellt.

Holland.

* **Die Atchinesen.** Amtliche Meldungen aus Holländisch-Indien berichten über Angriffe der Atchinesen auf das Lager und die Patrouillen der holländischen Truppen, bei denen 4 eingeborene Soldaten getötet und 12 verwundet seien.

Luxemburg.

od. **Graf Merenberg.** Im luxemburgischen Thronfolgestreit hat der Reichskanzler auf die Eingabe des Thronprätendenten Grafen von Merenberg eine völlig ablehnende Antwort erteilt. Dagegen hat der Reichskanzler, soweit zivilrechtliche Ansprüche des Grafen auf den nassauischen Fideikommiß in Betracht kommen, den Grafen auf den Weg der gerichtlichen Klage verwiesen.

Rußland.

* **Schwanebachs Entlassung.** Die plötzliche Verabschiedung des Reichskontrolleurs Schwanebach wird in Regierungskreisen viel besprochen, weil sie allen, ihm selbst wohl am meisten, etwas unerwartet kam. Kurz vor Ostern hatte Schwanebach in einer Art von reaktionärem Anfall sein Abschiedsgesuch eingereicht, weil er kein Geheimnis daraus machte, mit Stolypin und der Duma nicht zusammen arbeiten zu wollen. Der Duma hatte er sogar die nötigen Papiere zum besseren Verständnis des Budgets und des Ressorts der Reichskontrolle verweigert. Man nahm indessen allgemein an, daß die zwischen Schwanebach und Stolypin schwebende Differenz längst beigelegt sei, bis ihn sein Schicksal über Nacht ereilte. Schwanebach war eben erst aus Moskau zurückgekehrt, wo er eine Revision der Kontrollbehörden vorgenommen hatte. Die Regierungskreise wollen die plötzliche Verabschiedung Schwanebachs, der wahrscheinlich noch eine oder zwei kleine Aenderungen im Kabinett folgen werden, dahin gedeutet wissen, daß der Wunsch vorhanden sei, das Vertrauen zwischen Regierung und Gesellschaft nach dem Gewaltakt vom 16. Juni wiederherzustellen. Dazu ist indessen die Persönlichkeit Schwanebachs zu klein und ohne jeden Einfluß. Immerhin wird die Wahl seines Nachfolgers, die noch nicht getroffen ist, eine Antwort darauf geben.

* **Zum allrussischen Semstwokongreß.** Am Sonntag, den 23. d. M., dem ersten russischen Pfingstfeiertag, eröffnete der allrussische Semstwokongreß in Moskau seine Verhandlungen, die, im Gegensatz zu den früheren Semstwokongressen, diesmal, trotz der durch die Auflösung der zweiten Reichsduma noch anhaltenden ängstlichen Stimmung in Rußland, weit ruhiger und bei weitem nicht so oppositionell vor sich gehen. Dafür hat allerdings auch Minister Stolypin ausreichend gesorgt, indem er der Kongreßleitung gewisse Direktiven unterbreitete und von deren strikter Durchführung die Abhaltung des Semstwokongresses abhängig machte. Kein Wunder also, wenn der ursprünglich auf den 19. d. M. festgesetzte und dann infolge der Reichsdumaauflösung um einige Tage verschobene allrussische Semstwokongreß schon bei seiner Eröffnung Maßnahmen traf, die seine Tendenz zur Genüge charakterisieren können: zum Kongreßleiter wurde der bekannte, ultrareaktionär gesinnte Rodsjanko gewählt, dessen innigste Freundschaft mit den wahrhaft russischen Leuten im Jekaterinoslawer Gouvernement und speziell in der Stadt Jekaterinoslaw wesentlich zu den zahlreichen Ausschreitungen gegen alle, die nicht dem „Verband wahrhaft russischer Leute" angehören, beigetragen hat. Als Kongreßleiter sandte er auch ein entsprechendes Telegramm an den Zaren, der sich wohl aufrichtig freuen wird, daß die Gesinnung der Semstwos nun